

gliedert in die Gesamtinteressen unseres Volkes. Wir fanden dabei die beste Unterstützung durch die von dem Außenminister der Sowjetunion auf der Moskauer Konferenz vertretenen Auffassungen, der sich dabei auf die Potsdamer Beschlüsse der führenden Staatsmänner der Sowjetunion, Englands und Amerikas berief, in denen die Erhaltung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit vereinbart worden war. Leider wurde von den Außenministern der drei anderen Staaten diese Vereinbarung nicht mehr anerkannt, sondern die Aufteilung Deutschlands nach den einzelnen Bundesländern, also die Schaffung eines föderativen Staatsgebildes gefordert. Da eine Verständigung nicht zustande kam, so wurde die Entscheidung über diese Frage bis zu einer weiteren Außenministerkonferenz verschoben, die im November in London tagen wird.

Inzwischen hat sich die Frage Einheits- oder Föderativstaat sehr kompliziert und in der Richtung verschärft, daß überhaupt die Erhaltung Deutschlands als Staatsgebilde in Frage gestellt wird. Mit der Schaffung des Zweizonenabkommens zwischen der englischen und amerikanischen Besatzungszone und der Einrichtung eines Wirtschaftsrates als Regierung sind schon wesentliche Elemente der Abtrennung dieses Gebietes Deutschlands von dem Osten geschaffen worden. Auch der in London zwischen England und Amerika vereinbarte Industrieplan zielt ebenfalls auf eine Zweiteilung Deutschlands ab. Der Parteivorstand sah sich deshalb veranlaßt, gegen diese Bestrebungen Stellung zu nehmen und die Bevölkerung vor der großen Gefahr zu warnen, die mit diesen Maßnahmen über Deutschland heraufbeschworen wird.

Der Parteivorstand versuchte, eine Verständigung unter den antifaschistisch-demokratischen Parteien darüber herbeizuführen, eine einheitliche Stellungnahme vorzubereiten, um im Namen des deutschen Volkes der Londoner Außenministerkonferenz die Auffassungen und Wünsche des deutschen Volkes darzulegen. Während im Einheitsfrontausschuß der Parteien in der sowjetischen Besatzungszone Übereinstimmung über die Erhaltung der Einheit Deutschlands besteht und auch darüber, daß eine gesamtdeutsche Beratung aller Parteien dazu Stellung nehmen soll, lehnte Schumacher für die Sozialdemokratische Partei die Beteiligung an einer solchen gesamtdeutschen Beratung ab, und zwar mit der Begründung, daß er sich mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands nicht an einen Beratungstisch setzen werde. Die CDU-Führer Kaiser und Lemmer gaben sich alle erdenkliche Mühe, Schumacher von diesem Standpunkt abzubringen, aber ohne Erfolg. Es steht also die Frage, ob eine solche gesamtdeutsche Beratung auch ohne Schumacher stattfinden soll. Auch das wurde von den Parteien